

Clara Bünger, MdB  
Sprecherin für Flucht- und Rechtspolitik  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
[clara.buenger@bundestag.de](mailto:clara.buenger@bundestag.de)

## Pressemitteilung: Innenministerin Faeser unternimmt nichts zur Aufhebung des Lagerzwangs

„Es ist nicht nachvollziehbar, dass Innenministerin Faeser sich gegenüber den Bundesländern trotz der angespannten Unterbringungssituation nicht dafür einsetzen will, dass Asylsuchende von Beginn an privat unterkommen können, wenn ihnen das möglich ist. Das könnte die staatlichen Aufnahmestrukturen sofort entlasten, das würde nicht mal was kosten - im Gegenteil! Stattdessen werden Asylsuchende gezwungen, in menschenunwürdigen Massenunterkünften zu bleiben, selbst wenn Verwandte bereit wären sie aufzunehmen. Nur das Land Berlin hat eine entsprechende Ausnahmeregelung erlassen. Diesem Vorbild müssen die anderen Bundesländer folgen, statt in gefährlicher Weise von einer Begrenzung der Aufnahme zu schwadronieren, die mit humanitären Grundsätzen in keiner Weise vereinbar wäre“, erklärt die fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Clara Bünger, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Schriftliche Frage zum Umgang mit Kapazitätsengpässen bei der Unterbringung von Geflüchteten. Bünger weiter:

„Auch auf Initiativen für ein neues Verteilsystem, das die Bedürfnisse der betroffenen Geflüchteten, soziale Netzwerke, Erwerbsmöglichkeiten usw. berücksichtigen würde, will die Bundesregierung nicht eingehen. Stattdessen behauptet sie, der starre Königsteiner Schlüssel habe sich bewährt. Dabei gibt es bei den Bundesländern großes Interesse an solchen Überlegungen - momentan läuft ein Pilotprojekt, an dem sich mehrere Länder beteiligen.

Es ist wirklich enttäuschend, dass die Bundesregierung sich so dagegen sperrt, aus den positiven Erfahrungen bei der Aufnahme der Ukraine-Geflüchteten zu lernen und daraus Schlussfolgerungen für die Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden aus anderen Ländern zu ziehen. Lagerunterbringung zum Zweck der Abschreckung ist ohnehin menschenrechtswidrig und muss beendet werden - für alle Geflüchteten.“